„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can. All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Radikale Strömungen und die „Zentraleuropäer"

In den letzten Tagen gingen durch die Presse Meldungen, laut denen in einigen Städten kommunistische Arbeitslosendemonstrationen, die stellenweise auch zu Ausschreitungen geführt haben sollen, stattfanden. Ungefähr zur nämlichen Zeit wurden bei Premier R. B. Bennett in Ottawa Vertreter der „Workers' Unity League" vorstellig um von ihm die Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung, ohne Beitragsleistung seitens der Arbeiterschaft, zu fordern. Nach dem diesbezüglichen Bericht von Ottawa soll Premier Bennett die einzelnen Mitglieder der Abordnung gefragt haben, in welchem Lande sie geboren seien, wobei sich herausgestellt habe, daß die meisten aus Zentraleuropa stammten. Soweit die Pressemeldung.

Wir sind bis jetzt noch nicht genau darüber informiert, ob und inwieweit die Nachricht aus Ottawa auf Wahrheit beruht. Tatsache ist jedoch daß der Führer der Delegation ein gewisser T. A. Ewen von Toronto war, der, seinem Namen nach zu schließen gewiß nicht zu den „Zentraleuropäern" gezählt werden kann. Ferner stellte „Der Courier" fest, daß an der Spitze der ausgesprochen bolschewistischen „Workers' Unity League" wie auch der „Unemployed Association" Leute von britischer Herkunft stehen. Die sahlenmäßig stärkste Unterstützung erhalten die im roten Fahrwasser schwimmenden Organisationen **aus englischen und kommunistisch-ukrainischen Kreisen,** während Arbeiter und Arbeitslose von anderen Nationalitäten sich in verhältnismäßig unbedeutender Zahl an der völlig aussichtslosen und die öffentliche Ordnung störenden Bewegung beteiligen. Insbesondere erfährt „Der Courier" aus gut unterrichteter Quelle **daß die Deutschen sich fast allgemein von dem aufrührerischen und verhetzenden sinnlosen Treiben der Radikalinski ferngehalten.**

Die letztere Mitteilung, die uns, wie gesagt, von gutunterrichteter Seite zuging, ist für uns und wohl für alle Deutschcanadier deswegen sehr erfreulich, weil wir stets größten Wert darauf gelegt haben, zu den loyalen und gesetzestreuen Bürgern Canadas gezählt zu werden.

So bitter notwendig es auch ist, daß von den provinzialen und dominialen Regierungsstellen alle Hebel schleunigst in Bewegung gesetzt werden um durchgreifende Maßnahmen zur Linderung der Arbeitslosigkeit und der Farmernot zu ergreifen, so muß uns doch der klare Menschenverstand sagen, daß mit kommunistischem Radauschlagen und radikalen Redensarten den Arbeitslosen und den Farmern nicht geholfen werden kann. Oder sind schon einmal hungrige Mägen und leere Geldbeutel durch bolschewistische Phrasen und lärmende Demonstrationen gefüllt worden?

Wir sind uns klar darüber, daß einige gerissene Agitatoren, die an der Spitze der kommunistischen Bewegung in Canada stehen, in erster Linie darauf ausgehen, **den Arbeitern und Farmern den letzten Cent aus der Tasche zu stehlen,** um dann auf Kosten der Verführten und Betörten angenehm leben zu können. Dazu kommt noch der „Führerehrgeiz", der manchen von diesen „Arbeiterführern" dazu veranlaßt, die Not des Volkes in gewissenloser Weise auszubeuten. Zu diesem Zwecke sind dann sogar jene Leute, die man als „Foreigners" beschimpft, verächtlich macht und verspottet, noch gut genug. Kommt es schließlich zu einem energischen Vorstoß, so schiebt man schlauerweise die „Zentraleuropäer" vor, **die als Sturmbock für die „Führer" dienen sollen, um hintennach mit heuchlerischer Miene alle Fremdgeborenen als Bolschewiken zu verleumden,** wie dies kürzlich ein konservativer Abgeordneter im Parlament zu Ottawa getan hat.

Es bedarf wohl keines besonderen Aufrufes an unsere deutschstämmigen Freunde, **sich unbedingt von allen radikalen Bewegungen fernzuhalten;** denn die meisten in unseren Reihen sind sich vollkommen klar darüber, daß der Bolschewismus ein Unglück für die Völker ist und nur zum Untergang führt, nicht aber zu einem neuen Aufstieg, den wir alle erstreben und sehnsuchtsvoll erwarten.

Rüstungsziffern

Manchmal geht der politische Kampf höchst eigentümliche Wege. In Deutschland stritt man um die Frage, ob der Panzerkreuzer B gebaut werden solle oder nicht, bis die Sozialdemokratische Partei sich entschloß, ihn durch Stimmenthaltung zu ermöglichen. Ganz abgesehen davon, daß ein Verzicht darauf gleichzeitig ein Verzicht auf die wenigen durch den Versailler Vertrag zustehenden Rüstungsmöglichkeiten bedeuten würde, kann man solche Fragen doch nicht isoliert betrachten.

In England ist die Sozialdemokratie an der Regierung. Seit 1922 haben die Engländer 20 Milliarden Mark neu für ihre Kriegsflotte ausgegeben. Rechnet man ihre gesamten Rüstungsausgaben zusammen, dann betragen sie jährlich 2½ Milliarden Mark, von denen rund 1 Milliarde für das Heer, 1 Milliarde für die Flotte und ½ Milliarde für die Luftflotte ausgegeben werden. Aber England ist auch „sparsam"! Infolgedessen haben seine sozialdemokratischen Führer dieses Jahr sage und schreibe eine ganze Million Mark am Flottenetat erspart! Gleichzeitig baut man aber dort zwei neue Kreuzer, 17 neue Zerstörer, 4 neue Unterseeboote und fünf neue Kanonenboote. Dabei sind gerade im letzten Jahr die neuesten Kreuzer fertiggestellt werden. Elf neue U-Boote, darunter das neue U-Boot „Rainbow" sind gebaut.

Und Frankreich? Es hat in den letzten Jahren eine völlige Organisationsänderung der Armee vorgenommen. Das ist keine Ersparnis, sondern die Auswertung aller Erfahrungen des Weltkrieges, an denen der französische Generalstab 10 Jahre gearbeitet hat. Insbesondere hat man die Reserven für den Mobilmachungsfall vorbereitet. 20 Reservedivisionen können, vom Divisionsstab bis zum letzten Kompagnieführer herunter, mit aktiven Offizieren versehen werden. Die Hälfte der französischen Armee besteht aus Berufssoldaten, und zwar 315,000 von 654,000. Die weißen Kapitulanten sind von 75,000 auf 106,000, die militärische Gendarmerie von 27,000 auf 42,000 erhöht worden. Um die Soldaten von Verwaltungsarbeiten frei zu machen, sind 30,000 Zivilangestellte neben 15,000 Beamten für den inneren Dienst eingestellt. Man darf sich nicht beirren lassen, wenn erklärt wird, Frankreich habe nur noch einjährige Dienstzeit, denn die gesamte Dienstzeit (einschl. Reservezeit usw.) bleibt 28 Jahre lang bestehen, und 80 Prozent der Militärdienstpflichtigen werden ausgebildet. Weiß man weiter noch, daß fünf Divisionen Farbige in Frankreich stationiert sind, und daß die Grenzdivisionen ständig auf Kriegsstärke gehalten werden, dann rundet sich das Bild.

Angesichts dieser Tatsache hatte man in der französischen Kammer den Mut, zu der deutschen Reichswehr von 100,000 Mann noch die Zahlen von 150,000 Mann Schutzpolizei und 30,000 Zollbeamten hinzuzurechnen. Dabei sind selbst noch diese Ziffern übertrieben. Mit Recht ist im Haushaltsausschuß des deutschen Reichstages darauf hingewiesen worden, daß man dann auch noch Feuerwehr und Nachtwächter hinzuzählen könnte.

Weltumschau

Volksgesundheit in Deutschland. Deutschland hat durch den Krieg, die Geldentwertung, die Reparationen und Wirtschaftsdepression eine bedeutende Verschlechterung seiner Volksgesundheit erlitten, sagt Dr. Julius Moses, ein Mitglied des Reichstages und des Reichsgesundheitsamtes.

Er kam zu seinen Schlüssen auf Grund von Ansichten, die er von bekannten Professoren der Medizin, Hospitalleitern, führenden Praktikern und Sachverständigen der Volksgesundheit einholte. Die Ergebnisse sind der Regierung zur Kenntnis gebracht worden.

Die Sachverständigen sagten, daß die Tuberkulose im gleichem Verhältnis zur Arbeitslosigkeit wachse, und daß die Sterblichkeitsziffer in beunruhigender Weise gewachsen sei, da manche arbeitslose Eltern nicht einmal das Straßenbahngeld aufbringen könnten, um ihre kranken Kleinen in das Krankenhaus zu schaffen, und daß, ferner die Sorgen das Nervensystem untergruben.

„Nur durch das Lesen dieser Sachverständigen-Urteile kann man sich ein Bild davon machen, wie arm unser Land geworden ist," sagte Dr. Moses. „Der gelegentliche Besucher Deutschlands kann sich von der wahren Lage kein Bild machen; denn der Deutsche verbirgt seine Armut und zeigt eine andere Außenseite."

Berlins neues Oberhaupt gewählt. Auf die kürzlich erfolgte Empfehlung des dafür zuständigen Komitees erwählte die Berliner Stadtverordneten-Versammlung Heinrich Sahm, den früheren Präsidenten des Freistaats Danzig, zum Oberbürgermeister der Reichshauptstadt. Er wurde auf zwölf Jahre zum Berliner Oberbürgermeister erwählt, anstelle des Gustav Böß, welcher im Januar vorigen Jahres sein Entlassungsgesuch einreichte und pensioniert wurde.

Seine Wahl in der Stadtverordnetenversammlung wurde unterstützt von der Volkspartei, der Staatspartei, dem Zentrum und den Sozialdemokraten. Dagegen stimmten die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die Kommunisten.

Das von Sahm als Senatspräsident von Danzig gezeigte Geschick bei Erledigung schwieriger Angelegenheiten mit Polen dürfte ihm bei der Verwaltung von Berlin, dem seit September die führende Hand gefehlt hat, sehr zustatten kommen. Die Reichshauptstadt gewinnt in ihm einen Oberbürgermeister von Persönlichkeit und Erfahrung in der europäischen Diplomatie.

Dem Oberhaupt der Reichshauptstadt liegen viele gesellschaftliche Verpflichtungen ob. Die Berliner begrüßen es daher mit Freuden, daß Frau Sahm gesellschaftliche Erfahrung besitzt und als Mutter von fünf Kindern eine gute Hausfrau ist. Als Führerin der Gesellschaft von Danzig hat sie den Beifall der gesamten Bevölkerung der freien Stadt genossen. Die älteste Tochter des Ehepaares Sahm, Marianne, hat sich kürzlich mit Graf Ulrich Wilhelm von Schwerin, einem der reichsten Landbesitzer in Mecklenburg, verheiratet. Der neue Oberbürgermeister wurde 1877 als Sohn eines kleinen Kaufmannes in Anklam in Pommern geboren.

Oberländer-Stiftung findet Beifall. Vor hervorragenden Persönlichkeiten im Deutschen Reich wird der edelmütigen Stiftung des Deutschamerikaners Gustav Oberländer von Reading, Pa., die zur Festigung der geistigen Bande zwischen Amerika und Deutschland bestimmt ist, Lob und Preis zuteil. Zu den rühmenden Aeußerungen aus führenden Kreisen wie von Präsident v. Hindenburg, Kanzler Brüning und anderen kamen die anerkennenden Worte des Reichsaußenministers Dr. Julius Curtius, der sich wie folgt aussprach:

„Die hochherzige Stiftung von Gustav Oberländer begrüße ich mit aufrichtiger Freude. Sein Gedanke, amerikanischen Staatsbürgern das gründliche Studium deutscher Einrichtungen und deutscher Wissenschaft zu ermöglichen, beweist das tiefe Verständnis des Stifters für die Bedeutung des geistigen Austausches zwischen den Völkern. Gustav Oberländer, der Mitbegründer der Karl Schurz-Gedächtnis-Stiftung und verständnisvolle Förderer deutscher archäologischer Wissenschaft, darf sicher sein, daß auch seine neue Stiftung überall dort, wo man sich für die Ideale der Wissenschaft und das gegenseitige Verstehen der Völker einsetzt, dankbares Echo finden wird."

Mehrere hundert Gesuche um Zuwendung von Geldern der Oberländer-Stiftung sind bereits in Reading, Pennsylvanien, eingelaufen. Die Gesuche stammen alle von Personen, die gerne an höheren deutschen Lehranstalten weiter studieren möchten.

Weitere Anerkennungsbotschaften gingen Gustav Oberländer zu von dem deutschen Botschafter von Prittwitz in Washington und von dem Reichstagspräsidenten Paul Löbe.

Der Bruch in den Flottenverhandlungen. Graf Rene Massigli, der Chef der französischen Marinedelegation bei den Verhandlungen über den Abschluß eines Flottenpakts zwischen Frankreich, Italien und Großbritannien, wird nicht nach London reisen, wo die über Ostern abgebrochenen Verhandlungen wieder aufgenommen werden sollen. Auch Commandeur De Leuze, der technische Sachverständige, welcher dem Grafen seither zur Seite gestanden, wird nicht in der britischen Hauptstadt zu finden sein. Die erfolgte Ankündigung, daß die beiden in Paris bleiben werden, hat in politischen Kreisen beträchtliches Aufsehen erregt.

Der einzige Franzose, welcher den Verhandlungen beiwohnen wird, ist Jules Bas Devant, der juristische Berater der Delegation. Nichtoffiziell wurde erklärt, gewisse juristische Schwierigkeiten des Pakts müßten zuerst geordnet werden, ehe die eigentlichen Verhandlungen wieder aufgenommen werden könnten. Welcher Art diese Schwierigkeiten sind, wurde nicht gesagt.

Im französischen auswärtigen Amt wurde bekannt gegeben, Frankreich beabsichtige eine feste Haltung bezüglich seiner Ansprüche einzunehmen, in den Jahren 1934, 1935 und 1936 Ersatzbauten auf Kiel legen zu dürfen für Schiffe, die nach Erlöschen des Dreimächtevertrags im Jahre 1936 als veraltet betrachtet werden müßten. Es wird geltend gemacht, niemand bestreite das Recht Frankreichs oder Italiens, einen dritten Schlachtkreuzer von 23,000 Tonnen nach dem Jahre 1936 nach dem Washingtoner Vertrag bauen zu dürfen. Es sei deshalb durchaus unlogisch, das Recht Frankreichs für den Bau solcher Schiffe unter dem Dreimächtevertrag anfechten zu wollen. Frankreich verlange ja nur das Recht auf Ersatzbauten in solchen Klassen, in denen die Ver. Staaten, England und Japan bereits Neubauten vorgenommen hätten.

Auch Polen bändelt mit Moskau an. Eine Delegation polnischer Industrieller, die eine geplante Reise nach Sowjetrußland für wirtschaftliche Zwecke aufgegeben hatte wegen einer angeblich russischen Erklärung, in welcher der Besuch als ein Zeichen des „völligen Ruins" der polnischen Industrie beschrieben war, hat sich nun doch entschlossen, die Reise zu unternehmen.

Die erste Entschließung, die Mission nach Moskau aufzugeben, kam, als die Mitglieder der polnischen Abordnung, die sich schon auf dem Bahnhof zur Abfahrt versammelt hatte, den an Warschauer Zeitungen telegraphisch gemeldeten fraglichen Artikeln gelesen hatten. Die betreffende Depesche war aus Riga eingetroffen und besagte, das Sowjet-Handelskommissariat habe in einer Kundgabe erklärt, der Polen-Besuch sei eine Folge des völligen Zusammenbruchs der polnischen Industrie, die das gleiche Schicksal wirtschaftlichen Niederganges wie in anderen kapitalistischen Ländern teile. Als Beweis wurde in der Meldung von Riga die Tatsache angeführt, daß Andreas Wierzbicki, Generalbevollmächtigter des polnischen Finanz-, Bergwerks-, Industrie- und Handels-Verbandes, der Führer der Delegation sei. Die Lage der Textilwerke in Lodz, Polen, sei typisch für den wirtschaftlichen Niedergang Polens und der Zweck der Besuchsreise nach Moskau sei daraus ersichtlich.

Die Versicherung der Warschauer Sowjet-Gesandtschaft, daß die Riga-Meldung in keiner Weise von Moskau ausgegangen sei, veranlaßte die polnische Delegation, den Reiseplan wieder aufzunehmen. Dem Vernehmen nach wird die Abordnung Fabrikbetriebe in Moskau, das Donetz-Kohlenbecken und andere Wirtschaftsdistrikte Rußlands besuchen und sich bemühen, Bestellungen auf Textilwaren, Chemikalien und hauptsächlich Kunstdünger in Rußland zu erlangen.

Stalin versteht keinen Spaß. Eye Garette Grady, eine amerikanische Schriftstellerin, ist aus Sowjetrußland ausgewiesen worden, weil sie sich auf Kosten des Sowjetführers Joseph Stalin einen Scherz erlaubt hat, so erklärte sie bei ihrer Ankunft in Berlin von Moskau. Der Artikel, den die Sowjet-Regierung übel aufgenommen hat, erschien kürzlich in einer amerikanischen Zeitschrift und war betitelt: „Sehe Rußland und sterbe lachend." Ihr Gatte, ein beratender Ingenieur von New York, wurde ebenfalls ausgewiesen und besonders ermahnt, „seine Frau aus Rußland fern zu halten." Grady war in Diensten der Sowjet-Union als ein technischer Experte.

Frau Gradys anstößige Anekdote, die in Moskau heimlich viel belacht wird, erzählt die Geschichte eines jüdischen Knaben, der einen fremden Mann vom Ertrinken rettete, worauf der dankbare Fremde zu ihm sagte: „Verlange irgendetwas, was du wünschest, und ich werde es gewähren." Dazu bemerkte er: „Ich bin Stalin und machtvoll." Der Knabe, ganz erstaunt, erwiderte: „Falls Sie wirklich Stalin sind, dann sagen Sie niemand, daß ich Sie gerettet habe."

Frau Grady war nicht wenig erstaunt darüber, daß das Auswärtige Amt in Moskau freimütig den Witz auf Stalins Kosten als Ausweisungsgrund erklärte.

Ingenieur Grady, der kürzlich eine Berechnung der russischen Kohlenlage und ein amerikanisches Musterkohlenbergwerk im Entwurf aufsetzte, teilt mit, während des ganzen Winters sei in Rußland nur Weichkohle gebraucht worden, während die ganze Hartkohlen-Produktion für die Ausfuhr verwendet wurde. Von Sowjetwirtschaftlern wurde erwartet, alle ausländischen Märkte für Englands Hartkohle noch in diesem Jahre zu gewinnen und auch mit amerikanischer Hartkohle in amerikanischen Märkten in Wettbewerb zu treten.

Amerika erleidet Rückschlag im Handel mit Rußland. Auf $33,385,000 beziffert eine von Peter A. Bogdanow, dem Vorsitzenden der Sowjethandelsgesellschaft, der Amtorg Trading Corporation in New York, ausgegebene Erklärung den Gesamtwert der im letzten Quartal des Jahres 1930 und dem ersten des laufenden Jahres von seiner Gesellschaft gekauften amerikanischen Waren. Der entsprechende Betrag in der gleichen Periode des Vorjahres stellte sich auf $60,441,000. Die „Amtorg" ist die russische Handelsvertretung in New York.

Bogdanow führt den starken Rückgang der amerikanischen Ausfuhr nach Rußland auf „die immer ungünstiger werdende Lage in den amerikanisch-sowjetrussischen Handelsbeziehungen" zurück. Der „rote" Handelsmann bezog sich hierbei insbesondere auf die „fortgesetzten Angriffe in der amerikanischen Oeffentlichkeit auf die russische Einfuhr". Das habe zur Folge, daß manche amerikanischen Firmen nicht mehr willens seien, in der Kreditgewährung den russischen Bedürfnissen genügend Rechnung zu tragen, und daß ebenso die hiesigen Banken bei der Diskontierung von „Amtorg"-Wechseln Schwierigkeiten machten von direkter Finanzierung des sowjetrussisch-amerikanischen Handels nicht zu reden.

Bogdanow unterstrich die Lehre, daß Rußland mächtig genug geworden ist, Lieferanten-Länder, die sich in anti-sowjetistischer „Hetze" gefallen, zu bestrafen, mit dem Hinweis auf den liberalen Kredit und das größere Entgegenkommen überhaupt, dem die Sowjets in europäischen Ländern, hauptsächlich in Deutschland, Oesterreich, England, Italien und Norwegen, begegnen, die denn auch in derselben Zeit, in der die amerikanischen Russengeschäfte so gewaltig bergab gingen, ein gewaltiges Mehr an russischen Bestellungen hereinbekommen hätten.

Kommunisten stören Prinzen-Empfang. Prinz und Prinzessin Takamatsu von Japan wurden von den New Yorkern im belebtesten Teil von Manhattan mit der gewohnten Lebhaftigkeit auf amerikanischem Boden begrüßt. Nach ihrer Ankunft mit der „Aquitania", die mit einigen Stunden Verspätung einlief, wurden sie mit dem New Yorker Empfangsdampfer, dem Schlepper „Macon" nach der Quarantäne-Station gebracht und dann an der Batterie gelandet, von wo es in schneller Fahrt mit dem Auto nach dem Plaza-Hotel ging. Die Straßen, die das Paar durchfuhr, waren dicht gedrängt voll Menschen. Im Hafen ertönten die Sirenen und Nebelhörner der Dampfer, die Salutschüsse krachten und dazwischen hörte man die Klänge der zahlreichen Musikkapellen.

Ein Zwischenfall ereignete sich, als an der Battery eine Gruppe Kommunisten auf das Auto des prinzlichen Paares mit dem Ruf eindrang: „Nieder mit den japanischen Henkern." Die Polizei konnte die Kundgebung schnell unterdrücken, wobei ein Kommunist von einem Polizisten einen Schlag an die Kinnlade erhielt.

Gandhi bleibt kampflustig. In britischen Regierungskreisen hört man mit Besorgnis von einem Gerücht, daß Mahatma Gandhi seine Freiwilligen zu einer neuen Kampagne des passiven Widerstands gegen die britische Regierung aufrufen will. Die Führer der indischen Nationalisten sollen aufgebracht sein über die Säumigkeit, mit der die Beamten die Bestimmungen des Waffenstillstandes von Delhi zwischen Gandhi und dem Vizekönig zur Ausführung bringen.

Der Entschluß Gandhis, die Ungehorsams-Bewegung zu erneuern, würde den Bestimmungen des Paktes mit Lord Irwin zuwiderlaufen. Am Schluß der Besprechungen in Delhi verpflichtete sich der Mahatma, an einer zweiten Indienkonferenz in London teilzunehmen, wo man einen dauerhaften Frieden und größere Freiheit für Indien zu erlangen hofft.

Einige politische Beobachter glauben, daß die Ankündigung der Erneuerung des Kampfes durch die Nationalisten ein Versuch ist, die Regierung zu zwingen, die Abmachungen des Paktes von Delhi bis auf den Buchstaben zu erfüllen, besonders mit Bezug auf die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Rückgabe des wegen verweigerter Steuerzahlung beschlagnahmten Besitzes der Bauern.

Andere wieder glauben, daß Gandhi von einer Wiederaufnahme des Kampfes nicht gegenwärtige, sondern künftige Vorteile erhofft. In gewissen radikalen Kreisen der Nationalisten will man wissen, daß Gandhi die Hoffnung aufgegeben hat, auf Grund des Abkommens von New Delhi oder auf der Londoner Konferenz die nationalistischen Forderungen durchsetzen zu können. In diesen Kreisen heißt es, daß der Mahatma seit seinen mühsamen Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen zwischen den Hindus und Moslems entmutigt ist. Er wird auch direkt beschuldigt, ein Doppelspiel und Verrat betrieben zu haben. Aus diesem Grunde und angesichts der Nichterfüllung aller Bestimmungen des Paktes von Delhi glaubt man, daß Gandhi es für notwendig hält, im Falle eines Fehlschlags der Londoner Konferenz den Kampf aufs neue aufzunehmen.

Elsaß-Lothringen appelliert an das Gewissen Frankreichs

Der Kampf gegen die deutsche Sprache und die deutsche Kultur in Elsaß-Lothringen geht, nach außen wenig bemerkt, seinen stillen Gang. Ab und zu dringt die Kunde von einem Vorgang oder eine unvorsichtige Aeußerung der Franzosen darüber an die Oeffentlichkeit. So vergaß jüngst kürzlich der Pariser „Temps" in einem Artikel über Elsaß-Lothringen und schrieb darin, daß die Zweisprachigkeit in Elsaß-Lothringen vorläufig nur als notwendiges Uebel geduldet werde, und daß alle Anstrengungen gemacht werden müßten, die französische Sprache weiter zu verbreiten. Im Gegensatz dazu steht ein Appell, den die „Elsaß-Lothringer Zeitung", das Organ der Heimatrechtler, jüngst an das französische Volk gerichtet hat. Darin finden wir die folgenden Sätze: „Du hast von einem Tag auf den anderen unsere deutschsprachigen Landsleute gezwungen, sich vor Richtern zu vertreten, mit Beamten zu verhandeln, die diese Sprache nicht verstanden, und hast Dir jede kleine Milderung dieser Ungeheuerlichkeit nur durch langwierige beschämende Kämpfe abringen lassen. Du, französisches Volk, läßt es zu, daß unsere Kinder beim Eintritt in die Schule nicht in ihrer gewohnten Muttersprache, sondern Eurer dann ganz fremden Sprache unterrichtet werden, daß ihre kleine Seele in den ersten Schuljahren verkümmert, zurückgehalten wird, statt sich fröhlich in der bekannten Sprache entfalten zu können. Du hältst Dich für berechtigt, hier anscheinend gar stolz darauf, die Kinder unseres Volkes von Elsaß-Lothringen zuerst dem eignen Wesen, der eigenen Sprache zu entfremden, sie zu entwurzeln, um daraus Stammler Deiner Sprache und Nachäffer Deiner äußeren Gesittung zu machen. Dies alles ist Willkür und Unrecht."

MacDonald besteht konservativen Ansturm

Beträchtliche Mehrheit für Arbeiterregierung bei Abstimmung über konservativen Mißtrauensantrag

33 Liberale gewährten dem Premier ihre Unterstützung

London. — Premier Ramsay MacDonald, unterstützt von der Mehrzahl der Liberalen, hat im Unterhause den in Form eines Mißtrauens-Antrages unternommenen Angriff der Konservativen mit 305 gegen 251 Stimmen abgeschlagen. Die Majorität von 54 Stimmen war beträchtlich größer, als die Regierung im vorausgegangenen Krisen aufzubringen vermochte.

Stanley Baldwin, der Führer der Konservativen, hatte das Mißtrauensvotum beantragt auf den Grund hin, die Arbeiterregierung habe ihre Kampagnenversprechungen für Abhilfe der Arbeitslosigkeit im Lande nicht erfüllt.

Der Sieg im Ausmaß der Stimmenzahl war selbst für MacDonalds Gefolgschaft eine Ueberraschung und die Laboriten sowohl wie die Mitglieder des unabhängigen Flügels ihrer Partei gaben bei Verkündung des Resultats der Abstimmung jubelnden Beifall kund. Nicht weniger als 33 Liberale stimmten für die Regierung, zehn waren dagegen und fünf enthielten sich der Abstimmung.

Der erste Eindruck der Entscheidung war, daß MacDonalds Partei fester im Sattel sitzt, als zu irgendeiner Zeit seit Uebernahme der Regierung durch die Laboriten vor nahezu zwei Jahren.

Baldwins Mißtrauensantrag im Unterhaus war von scharfen Ausfällen gegen die MacDonald-Regierung begleitet. Die Verteidigung führte der Lord-Siegelbewahrer Tom Johnson, dem die Regierung die Behandlung des Arbeitslosen-Problems übertragen hat. Seiner schlagfertigen und überzeugenden Darlegung der Lage war es großenteils zu verdanken, daß Premier MacDonald die Krise erfolgreich überstehen konnte. In schlichten Worten verwies Johnson auf die eingeleiteten und weiter geplanten Regierungsmaßnahmen zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit. Für Beschaffung von Erwerbsgelegenheit seien bereits 170,000,000 Pfund Sterling verausgabt. Beiläufig bemerkte er die hohen Arbeitslosen-Ziffern in den Ver. Staaten, Deutschland und Frankreich.

Der unverwüstliche Witzbold des Unterhauses, Jack Jones, konnte sich nicht den Zuruf verkneifen, daß jetzt noch ein Stellenloser, der Ex-König Alfons, hinzugekommen sei.

Auf Seite der Laboriten enthielten sich sieben Mitglieder der von Sir Oswald Mosley gegründeten „Neuen Partei", der Abstimmung, dagegen stimmten mehrere Mitglieder der Unabhängigen für die Regierung.

Kerckhoff-Institut in Bad Nauheim eröffnet

Berlin. — Das Kerckhoff-Institut für Herzleidende in Bad Nauheim, errichtet durch eine Stiftung von Frau Louise Kerckhoff von Los Angeles, Cal., wurde eröffnet und steht unter Leitung des deutschen Herzspezialisten Franz Grödel.

In der Stiftung sind ferner 20 Forschungs-Stipendien jährlich vorgesehen. Für die Zwecke der Anstalt hat die Stifterin 4,500,000 Mark zur Verfügung gestellt.

Blücher-Palais von Feuer zerstört

Berlin. — Das Blücher-Palais am Pariser Platz, das kürzlich von der Regierung der Vereinigten Staaten als Botschafterpalais aufgekauft wurde, wurde durch Feuer zerstört. Man glaubt, daß eine Explosion für die Feuersbrunst verantwortlich war, obwohl man noch nicht weiß, wie eine Explosion zustande kommen konnte. Die Büros der Botschaft waren in dem Gebäude noch nicht untergebracht. Dagegen hatte der Handelsattachee Lawrence Groves seine Wohnung im zweiten Stock. Er mußte mit seiner Familie ins Freie flüchten.

Das rückständige Abonnementsgeld ist eine Schuld, die wie jede andere möglichst bald bezahlt werden sollte. nur kennen wurde.

KANADA-DIENST
von HAMBURG nach HALIFAX
Regelmässige Abfahrten mit den grössten deutschen Motorschiffen ST. LOUIS und MILWAUKEE und dem beliebten Dampfer CLEVELAND.
VORAUSBEZAHLTE FAHRKARTEN
gewährleisten prompte Beförderung.
SCHNELLDIENST ZWISCHEN NEW YORK UND HAMBURG
Abfahrten jeden Mittwoch Mitternacht.
Hapag-Geldüberweisungen: Schnell, billig und sicher.
Auskunft bei Lokal-Agenten oder
MONTREAL TORONTO WINNIPEG EDMONTON VANCOUVER
HAPAG
HAMBURG-AMERIKA LINIE
208 BRODER BLDG., REGINA, SASK.